

ANZEIGE

FACHANWALT FÜR ARBEITSRECHT

Uwe Melzer

Breitscheidstr. 65 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-50 53 64-01
Telefax 0711-50 53 64-09
www.melzer-kempner.de

MELZER | KEMPNER | BRAUN
RECHTSANWÄLTE

Verhandeln statt schießen

KRIEG UND FRIEDEN – 1. September Antikriegstag, 1. Oktober Friedenskundgebung

Zahlreiche ver.di-Fahnen waren am 1. September zu sehen bei der Kundgebung zum Antikriegstag in Stuttgart. Die Veranstalter, DGB Stuttgart und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), begrüßten etwa 300 Teilnehmer*innen. Zu ihnen sprachen die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Maren Diebel-Ebers, Dieter Lachenmayer für die VVN-BdA und eine junge Kollegin vom „Offenen Treffen gegen Krieg und Militarisierung“.

Emotionaler Höhepunkt war die Rede des ehemaligen katholischen Betriebsseelsorgers Paul Schobel. Unter großem Beifall forderte er: „Stoppt diesen Wahnsinn, stoppt die Wahnsinnigen, die ihn verbreiten haben – und zwar sofort. Sofortige Feuerpause, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.“ Es müsse Schluss damit sein, „die Ukraine weiterhin bedingungslos mit Waffen zu fluten“.

Er sprach auch diejenigen an, die vom Krieg profitieren: „In den Gewerkschaften sind wir gewohnt, hinter die Kulissen zu blicken. Vielleicht dämmert euch wie mir schon lange ein furchtbarer Verdacht: Wer hat denn Interesse, dass sich der Krieg in die Länge zieht und der Schrecken kein Ende nimmt? Und siehe da: Während in der Ukraine täglich die Sarg-



Kundgebung zum Antikriegstag in Stuttgart

deckel zuklappen, knallen in den Rüstungsbuden die Sektkorken.“

Christina Rendler von den DGB-Frauen trug das Friedensgedicht „Fantasie von Übermorgen“ von Erich Kästner vor. Liedermacher Michael Hecht eröffnete die Kundgebung mit dem Lied „Es ist an der Zeit“ von Hannes Wader über die Grauen des 1. Weltkriegs. Den Abschluss bildete das gemeinsam gesungene „Moorsolda-

tenlied“. Bei der Kundgebung wurde auf den bundesweiten Aktionstag der Friedensbewegung am 1. Oktober hingewiesen. Das Motto lautet „Keinen Euro für Krieg und Zerstörung! Stattdessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik! Stoppt den Krieg! Verhandeln statt schießen!“.

Wie in anderen Städten wird auch in Stuttgart eine Demonstration vorbereitet,

die um „5 vor 12“ am Stuttgarter Bahnhofsvorplatz beginnen und mit einer Kundgebung am Schlossplatz enden soll. Friedens- und soziale Bewegungen sollen an diesem Tag zusammengebracht werden, als Teil des vielbeschworenen „Heißen Herbstes“.

Der Ukraine-Krieg und die als Reaktion darauf folgende Wirtschafts- und Finanzblockade gegenüber Russland führen weltweit und auch in unserem Land zu hoher Inflation und Verarmung breiter Bevölkerungskreise. Die soziale Krise wird noch verschärft durch das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungspaket der Bundesregierung. Geld wird stattdessen dringend für eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft benötigt, heißt es in einem Brief von ver.di-Funktionär*innen an den ver.di-Bundesvorstand. Friedens- und soziale Bewegungen und die Gewerkschaften müssten daher gemeinsam einen „Heißen Herbst“ vorbereiten.

Der ver.di-Bezirk Stuttgart ruft mit zur Demonstration und Kundgebung am 1. Oktober auf. Nähere Informationen und der bundesweite Aufruf sind unter stuttgart.verdi.de, der Internetseite des Bezirks, zu finden.

Norbert Heckl, STELLVERTRETENDER VORSITZENDER VER.DI-BEZIRKS STUTTGART

Strafe folgt auf Streiktag

FRAUEN* KAMPFTAG – Aktivistin zu 2.000 Euro Geldstrafe verurteilt

Am internationalen Frauen*Kampftag wurden in diesem Jahr bundesweit feministische Aktivitäten mit der Tarifrunde der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst verknüpft. In Stuttgart gingen über 4.000 Menschen gemeinsam auf die Straße: Streikende, Feminist*innen, Gewerkschafter*innen. Selbst gebastelte Schilder, Luftballons, Fahnen und Banner prägten das Bild.

Doch der Eindruck war getrübt: Den ganzen Tag über begleitete eine große Anzahl polizeilicher Einsatzkräfte die Aktivitäten. Als Streikende ihre Forderungen am Stuttgarter Rathaus zum Thema machen wollten, griff die Polizei erstmals ein. Dabei ist die Aktionsform, die zu dem Polizeieinsatz führte, seit Jahrzehnten in vielen Tarifauseinandersetzungen gang und gäbe: Am Rathaus wurden Klebezettel und Haftnotizen angebracht. Dabei kam es zu ersten Festnahmen, Per-

sonalien wurden festgestellt, berittene Polizeikräfte bedrängten die Streikenden. Später stoppten sie am Stuttgarter Schillerplatz die Demonstration und drohten den Veranstalter*innen, den angemeldeten und genehmigten Lautsprecherwagen zu beschlagnahmen. Auch nach dem Ende der Demonstration zeigte die Polizei weiterhin hohe Präsenz am Platz vor dem Gewerkschaftshaus. Dort waren die Organisator*innen und Helfer*innen mit den letzten Abbau- und Aufräumarbeiten beschäftigt.

Nachdem einige Personen den Platz symbolisch in Clara-Zetkin-Platz umbenennen wollten, wurden unmittelbar Einsatzkräfte – unterstützt von den berüchtigten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten – aktiv. Nachdem es der Polizei bei einer Person nicht gelang, die Personalien festzustellen, stürmten sie kurz darauf in einer Gruppe über den

Platz, griffen eine Person heraus und nahmen sie fest.

Dieser Aktivistin wurde jetzt wegen des Vorwurfs der vorsätzlichen Körperverletzung und des Widerstandes der Prozess gemacht. 2.000 Euro Geldstrafe und die Kosten des Verfahrens sind für sie die Konsequenz des Tages. Trotz widersprüchlicher polizeilicher Aussagen – insbesondere auch bezüglich der vermeintlichen Identifikation der Beschuldigten – sprach die Richterin dieses harte Urteil. In diesem Zusammenhang laufen noch weitere Verfahren. Über den Grund für diesen harten Verfolgungswillens lässt sich vorerst nur spekulieren. Was bleibt, ist die Erinnerung an einen kämpferischen, lauten Streiktag und die Erkenntnis, dass dieser nicht bei allen politischen und polizeilichen Akteur*innen auf Gegenliebe gestoßen ist.

Lars Doneith



Polizei bedrängt Streikende in Stuttgart

Digitalisierung mitbestimmen

PERSONALRÄTEPREIS – Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt ist nominiert

Der Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Stuttgart (GPR LHS) ist für den Deutschen Personalräte-Preis 2022 nominiert. In langjähriger Arbeit ist es dem Gesamtpersonalrat gelungen, einen wichtigen Erfolg bei der mitbestimmten Gestaltung der Digitalisierung zu erringen. Im Zentrum stehen dabei die Sicherung der Beschäftigung, der verbindliche Vorab-Zukunftsdialog, der

moderierte Spezifikationsdialog zur Gestaltung algorithmischer Systeme, die strukturierte Prozessdarstellung der Implementierung Künstlicher Intelligenz (KI) mit Veto-Recht, Qualifizierung, Barrierefreiheit und die Ausrichtung zur Assistenztechnik.

Wichtig war dem Gesamtpersonalrat dabei die Zukunftsorientierung. Digitalisierung sollte nicht nur nachholend mit-

bestimmt werden, er will für eine vorausschauende Gestaltung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz sorgen: proaktiv und beteiligungsorientiert. Digitalisierung ja, jedoch mitbestimmt. Das Hintergehen der Mitbestimmung galt es zu unterbinden.

Deshalb hatte der GPR die Initiative ergriffen. Über ein Jahr lang hat er mit dem Arbeitgeber verhandelt. Dabei drängte

der Gesamtpersonalrat auf neue Verfahren und Kriterien zur Einführung algorithmischer Systeme. Künstliche Intelligenz soll auch in Zukunft eine reine Assistenztechnik bleiben.

Am Ende entscheidet ein Mensch

Aus ethischen Gründen soll Künstliche Intelligenz nicht anstelle des Menschen entscheiden, sie soll ihn lediglich unterstützen. „Digitalisierung nur mit uns! Unsere Dienstvereinbarung sorgt auch künftig für gute Arbeitsbedingungen“, sagt die GPR-Vorsitzende Claudia Häußler.

red

WEITERE INFOS UNTER:

dprp.de
blog-zukunft-der-arbeit.de

ANZEIGE

Ihre Rechtsanwälte und Fachanwälte* für Arbeitsrecht

Stark*, Mayer, Hehr* & Kollegen
Alleestraße 10, 71638 Ludwigsburg
Fon (0 71 41) 91 3 08-0
Fax (0 71 41) 91 3 08-77
www.rechtsanwaelte-lb.de
stark@rechtsanwaelte-lb.de

Bartl* & Weise, Mausner*, Horschitz*, Thiel
Johannesstraße 75, 70176 Stuttgart
Fon (07 11) 63 32 43-0, Fax(07 11) 63 32 43-20
www.bartlweise.de
info@bartlweise.de



Die „Rider“-Entscheidung

Am 11. November 2021 hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass ein als Fahrradlieferant („Rider“) beschäftigter Arbeitnehmer gegenüber seinem Arbeitgeber Anspruch auf Bereitstellung eines geeigneten Fahrrads und Mobilfunkgeräts als geeignete Arbeitsmittel sowie auf Reparaturaufwendungen hat. Das ergibt sich aus Paragraph 611a, Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in Verbindung mit dem Arbeitsvertrag. Referent Benja Mausner, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, erläutert diese bedeutende Rider-Entscheidung und erörtert, inwieweit diese Entscheidung auch auf andere arbeitsrechtliche Sachverhalte übertragen werden kann. Dazu zählen Fragen, ob auch Kosten im Rahmen der Tätigkeit im Homeoffice für geeignete Arbeitsmittel und deren Erhalt entsprechend geltend gemacht werden könnten.

MITTWOCH, 28. SEPTEMBER, 18 BIS 19 UHR, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, Raum 3+4 (1. OG). Die Teilnahme ist kostenlos und für alle offen.

Coming out am Arbeitsplatz – Risiko oder Chance?

Am Arbeitsplatz können wir uns die Kolleg*innen nicht aussuchen. Über ihre persönlichen Kontexte wissen wir meist wenig. Ein Coming out als LSBTTIQ-Mensch* kann unerwartete Folgen haben. Was ist zu beachten und mit welchen Reaktionen ist zu rechnen? Ein Gespräch mit Kolleg*innen aus dem ver.di-Arbeitskreis LSBTTIQ (Lesbische, schwule, bisexuelle, transgener, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen).

DONNERSTAG, 20. OKTOBER, 18 BIS 20 UHR, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, Raum 3+4 (1. OG). Veranstalter*innen: Joachim Stein, ver.di-Bezirk Stuttgart, ver.di-Arbeitskreis LSBTTIQ Stuttgart. Eintritt frei. Keine Anmeldung erforderlich.

„Nasmin“ – Ein Leben in Moria

Gestrandet in Moria, dem größten Geflüchtetenlager der EU, kämpft Nasim gegen ihre eigenen Ängste und die Widrigkeiten des Camps für ein selbstbestimmtes Leben. Als das Lager im September 2020 komplett abbrennt, muss Nasim ihre eigene Stimme erheben. Der Film feierte seine erfolgreiche Weltpremiere im deutschen Wettbewerb des DOK Leipzig 2021 und wurde dort mit dem DEFA-Förderpreis und dem ver.di-Preis für Solidarität, Menschlichkeit und Fairness ausgezeichnet.

FREITAG, 21. OKTOBER, 20 BIS 22 UHR, Delphi Arthaus Kino, Tübinger Straße 6, 70178 Stuttgart. Nach der Aufführung des Films ist u.a. ein Gespräch mit der Protagonistin Nasim geplant. Anmeldebedingungen und weitere Infos: kurzelinks.de/w5fx

Arbeitsrecht aktuell

DONNERSTAG, 10. NOVEMBER, 17 UHR BIS 19 UHR, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, Raum 3+4 (1. OG). Referent ist Uwe Melzer, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht. Teilnahme ist kostenlos, offen für alle.